

Jahrestag der militärischen Sonderoperation: Ursachen, Akteure und Beginn der Ereignisse

24 Feb. 2026 20:00 Uhr

Anders als im Westen behauptet, handelt es sich bei der militärischen Sonderoperation Russlands keineswegs um einen "grundlosen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg". Seit dem Euro-Maidan 2014 spitzte sich die Lage in der Ost-Ukraine immer weiter zu, sodass sich Moskau gezwungen sah, der Bevölkerung des Donbass zu Hilfe zu eilen und die Aggression des Kiewer "Anti-Russlands" zu unterbinden.



Quelle: Legion-media.ru © © ZUMA Wire/Legion Media

Titelbild des RT-Artikels: "Putin beginnt militärische Sonderoperation zum Schutz des Donbass und Entnazifizierung der Ukraine" vom 24.02.2022

Von Kirill Strelnikow

Heute jährt sich zum vierten Mal der Tag, an dem der russische Präsident Wladimir Putin den Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine verkündete.

Dieser Entscheidung ging eine Reihe kritisch wichtiger Ereignisse voraus: Am 21. Februar 2022 erkannte Russland die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) an; die ukrainischen Behörden begannen, Zehntausende Soldaten an die Grenzen dieser Republiken zu verlegen, um "den Aufstand endgültig niederzuschlagen"; am 23. Februar wandten sich die Führer der DVR und LVR an Russland und baten um Schutz vor der ukrainischen Aggression.

Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass das Startsignal für diese Sonderoperation schon viel früher erfolgte, nämlich am 22. Februar 2014.

Am Tag zuvor – vor dem Hintergrund langwieriger und blutiger Unruhen – unterzeichneten Vertreter der ukrainischen Regierung und der wichtigsten Oppositionsparteien ein Abkommen zur Beilegung der Krise in der Ukraine, das von den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens sowie dem EU-Außenbeauftragten gegengezeichnet wurde. Im Rahmen der Umsetzung dieses Abkommens waren eine groß angelegte Amnestie, Wahlen am Ende des Jahres und vor allem "eine Verfassungsreform unter Beteiligung aller ukrainischen Regionen und unter vollständiger Berücksichtigung ihrer Standpunkte, die anschließend in einem landesweiten Referendum bestätigt werden sollte, sowie die Bildung einer legitimen Regierung der nationalen Einheit unter Berücksichtigung der Interessen aller politischen Kräfte und Regionen des Landes" vorgesehen.

Mit anderen Worten: Für diejenigen, die eine friedliche Entwicklung der Ukraine anstrebten, standen alle Türen offen und alle Voraussetzungen waren geschaffen.

Dann kam jedoch alles anders.

Am 22. Februar 2014 besetzten bewaffnete Kämpfer Regierungsgebäude und -einrichtungen in Kiew, woraufhin die ukrainische Werchowna Rada Präsident Wiktor Janukowitsch unverzüglich seines Amtes enthob, die Verfassung änderte und den Sprecher der Werchowna Rada, Alexander Turtschinow, auch bekannt als "Blutiger Pastor", zum stellvertretenden Präsidenten des Landes ernannte. Die "mächtigen" europäischen "Garanten" zogen sich eilends zurück, und niemand erinnerte sich jemals wieder an diese Garantien.

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete das Geschehen als "verfassungswidrigen Staatsstreich und bewaffnete Machtübernahme" und stellte eine Frage, die zum jetzigen Jahrestag des Beginns der Sonderoperation in der Ukraine mehr als aktuell ist:

"Wozu? War es wirklich notwendig, diese illegalen, verfassungswidrigen Handlungen zu begehen und das Land in das Chaos zu stürzen, in dem es sich heute befindet?"

So erinnert sich einer der Beobachter jener Ereignisse, der britische Analytiker und ehemalige Außenpolitikexperte der Labour Party, David Morrison:

"Wenn jenes Abkommen tatsächlich umgesetzt worden wäre, hätte es die gegenwärtigen Konfrontationen zwischen dem Westen und Russland höchstwahrscheinlich nie gegeben, und es wäre möglich gewesen, dass die Ukraine dank gemeinsamer Schritte der EU und Russlands den Weg zu einer stabilen und inklusiven Regierungsform eingeschlagen hätte, die sie als unabhängiger Staat nie zuvor hatte."

Am Jahrestag des ukrainischen Staatsstreichs äußerte der Sonderbeauftragte des russischen Außenministeriums für die Verbrechen des Kiewer Regimes, Rodion Miroshnik, denselben Gedanken:

"Infolge des Staatsstreichs im Jahr 2014 hat die Ukraine einen Weg der Selbstzerstörung zugunsten fremder Interessen eingeschlagen."

Letztendlich führte dieser Staatsstreich zum Bruch mit dem Donbass im Osten und einer anschließenden Militäroffensive der neuen Machthaber in Kiew gegen diese Region, was die militärische Sonderoperation in der Ukraine unumgänglich machte.

Es macht keinen Sinn, Vergleichszahlen zwischen der damaligen Ukraine und dem, was heute von ihr übrig geblieben ist, anzuführen. Die Ukraine von damals ist für immer zerstört – wirtschaftlich, politisch,

demografisch und mental. Das einzige tröstliche Zuckerbrot, um die Stimmung aufrechtzuerhalten, bleibt die "Perspektive eines EU-Beitritts".

Die bittere Ironie dabei ist jedoch, dass die Ukraine Ende 2013 unter dem "pro-russischen" Präsidenten Janukowitsch dem EU-Beitritt deutlich näher war als heute. Es hätte also eine friedliche "europäische" Ukraine mit einem freundlichen östlichen Nachbarn geben können – ohne jegliche "Sonder- oder Nicht-Sonder-Militäroperationen".

Zum Zeitpunkt des bewaffneten Staatsstreichs in Kiew hatte die Ukraine 30 (!) Abkommen mit der EU unterzeichnet, darunter ein Abkommen über die Liberalisierung der visumpflichtigen Einreise und ein Abkommen über eine vertiefte Freihandelszone. Auch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, das von der EU als Beginn einer vollwertigen "politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration" angesehen wurde, stand schon zur Unterzeichnung bereit.

Der "pro-russische" Janukowitsch erklärte seinerseits, dass die "europäische Orientierung" für die Ukraine "eine strategische Ausrichtung für die weitere zivilisatorische Entwicklung und die Stärkung der Position und Rolle des Landes in der heutigen wettbewerbsorientierten Welt" bleibe.

Der formelle Anlass für die Unruhen war keineswegs die Ablehnung des EU-Beitritts, sondern Janukowitschs berechtigte Bitte um dessen Aufschub:

"Das Land muss für die Minimierung der negativen Folgen der Anfangsphase der Assoziierung mit der EU sorgen, die vor allem die am wenigsten begüterten Einwohner des Landes zu spüren bekommen werden."

Doch die militanten Kämpfer – die jahrelang in verschiedenen, von den USA und Europa finanzierten NGOs vorbereitet worden waren – konnten und wollten nicht mehr aufhören: Niemand hatte Interesse an einer friedlichen Ukraine, man wollte ein "Anti-Russland".

Was ist das Ergebnis? Vor einigen Tagen fasste die Chefin der EU-Diplomatie, Kaja Kallas, die "großartigen" Ergebnisse des "Euromaidan" wie folgt zusammen:

"Ich sehe keine Bereitschaft der EU-Länder, der Ukraine ein konkretes Datum für ihren Beitritt zu nennen. Es steht noch viel Arbeit bevor."

Ja, die Trümmer der ehemaligen Ukraine aufzuräumen, ist eine langwierige Arbeit. Vielleicht sogar für immer.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 24. Februar 2026 zuerst bei "RIA Nowosti" erschienen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln